

Kaschmir/Pakistan: Progressive Organisationen aus Jammu Kashmir rufen zur weltweiten Solidarität auf

von einem Kollektiv | 15.08.2026

Die folgenden Organisationen haben gemeinsam eine Erklärung veröffentlicht, in der sie zur Solidarität mit der Bevölkerung des von Pakistan verwalteten Teils von Jammu und Kaschmir aufrufen:

Jammu Kashmir National Students Federation (JKNSF)

Jammu Kashmir National Awami Party (JKNAP)

Jammu Kashmir Liberation Front (JKLF/Sagheer)

Jammu Kashmir Liberation Front (JKLF/Yasin)

Jammu Kashmir Students Liberation Front (JKSLF)

Peoples Revolutionary Front (PRF)

Daily Jeddojehad.com

South Asian Solidarity Network USA (SASN)

In dem von Pakistan verwalteten Teil von Jammu Kashmir (PaJK) ist das Volk mit einer der blutigsten Phasen staatlicher Unterdrückung in der jüngeren Geschichte konfrontiert. Eine Massenbewegung, die sich um wirtschaftliche und demokratische Forderungen formiert hat, wurde mit Ausgangssperren, Kommunikationssperren, Schüssen mit scharfer Munition und Kollektivstrafen beantwortet.

Die Verwaltung in PaJK hat sich erneut als Marionette des pakistanischen Staates entlarvt, indem sie von Islamabad diktierte Maßnahmen umsetzt, anstatt auf die demokratischen Bestrebungen der Bevölkerung einzugehen. Das Jammu Kashmir Joint Awami Action Committee (JAAC) hatte am 9. Juni einen „Langen Marsch“ angekündigt, nachdem es monatelang für wirtschaftliche und demokratische Forderungen mobilisiert hatte. Anstatt auf diese legitimen Forderungen einzugehen, leitete der pakistanische Staat am 5. Juni ein umfassendes hartes

Durchgreifen ein. Internet- und Mobilfunkdienste wurden eingestellt, Razzien und Verhaftungen intensiviert, und die Sicherheitskräfte versuchten, die Bewegung zu zerschlagen, bevor sie an Schwung gewinnen konnte.

Zwischen dem 5. Juni und dem 27. Juli kamen mindestens 45 Menschen ums Leben. Trotz dieser Repression richteten Tausende von Menschen Sitzstreiks am Stadtrand von Rawalakot ein und blieben dort, obwohl die Behörden wiederholt versuchten, sie mit Gewalt zu vertreiben. Während dieser gesamten Zeit bekräftigte die JAAC immer wieder ihre Bereitschaft, in einen friedlichen Dialog zu treten und die Krise durch Verhandlungen zu lösen. Der pakistanische Staat nutzte diese Verhandlungen wiederholt als Verzögerungstaktik, während er seine Repressionen fortsetzte und weitere Gewalt vorbereitete.

Am 27. Juli begann der Lange Marsch. Trotz Ausgangssperre und staatlicher Einschüchterung marschierten Tausende in Richtung Rawalakot. Sicherheitskräfte eröffneten das Feuer auf unbewaffnete Demonstrant:innen und töteten 21 Menschen.

Trotz dieser Tötungen gelang es der Bevölkerung, die Rangers (paramilitärische Truppen) zurückzudrängen und ihren Vormarsch fortzusetzen. Am 28. Juli eskalierte das Massaker weiter, als weitere 14 Menschen in Rawalakot, Mirpur und anderen Städten in ganz PaJK den Tod fanden. Die Repressionen gingen weit über den Einsatz tödlicher Gewalt hinaus. Der pakistanische Staat hat den Zugang zu Nahrungsmitteln bewusst eingeschränkt und den Zugang zu Krankenhäusern in Rawalakot behindert, wodurch er die Bevölkerung von Jammu Kashmir einer Kollektivstrafe aussetzt, um die Bewegung zu zerschlagen. Diese Maßnahmen stellen einen schwerwiegenden Angriff auf grundlegende demokratische Rechte und die grundlegende Menschenwürde dar.

Wir rufen die internationale Arbeiterklasse, Studierende, Akademiker:innen, Gewerkschaften sowie demokratische, progressive und sozialistische Organisationen dazu auf, sich mit der Bevölkerung von Jammu und Kaschmir zu solidarisieren.

Wir fordern Organisationen und Aktivist:innen weltweit auf, Demonstrationen vor pakistanischen Botschaften und Konsulaten in ihren jeweiligen Ländern zu organisieren und Protestbriefe bzw. E-Mails an das pakistanische Außenministerium, den Bundesminister für Kaschmir-Angelegenheiten und Gilgit-

Baltistan (siehe unten) sowie an pakistanische diplomatische Vertretungen zu senden; und dabei ein sofortiges Ende des Massakers, den Rückzug der Sicherheitskräfte von den Straßen, die Wiederherstellung des Internets und der Mobilfunkdienste, den uneingeschränkten Zugang zu Nahrungsmitteln und medizinischer Versorgung, die Freilassung aller inhaftierten Demonstranten sowie eine unabhängige Untersuchung der Tötungen zu fordern.

Die Bevölkerung von Jammu Kashmir leistet mit großem Mut Widerstand gegen die außerordentliche Unterdrückung. Ihr Kampf verdient die aktive Solidarität von Arbeiter:innen, Studierenden und all jenen, die sich für Demokratie und das Recht von unterdrückten Völkern auf Selbstbestimmung einsetzen!

Bitte sendet E-Mails an:

Federal Minister for Kashmir Affairs and Gilgit-Baltistan: info@kagbsafron.gov.pk

Ministry of Foreign Affairs of Pakistan: spokesperson.office1@mofa.gov.pk

Dieser Aufruf ist am 29. Juli auf der [Webseite der Vierten Internationale](#) dokumentiert worden.

Siehe auch den Artikel „[Pakistani-Ruled Kashmir Is Facing a Brutal State Crackdown](#)“ von Umair Khurshid, Farooq Sulehria und Harris Qadeer, der am 31. Juli auf Jacobin veröffentlicht wurde.

Zum Hintergrund siehe auch „[Frieden in Kaschmir gibt es nur mit Selbstbestimmung](#)“ von Avishek Konar, am 17. Mai 2025 auf der deutschen Version von Jacobin veröffentlicht.